

**Vorlage Nr. L 44/17
für die Sitzung
der Deputation für Bildung
am 26. Juni 2008**

**Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP-Fonds 2.2 und 2.3)
Landesprogramm Ausbildung und Jugend mit Zukunft**

A. Problem

Das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP) für die Jahre 2008–2013 wurde am 03.04.2008 von der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit beschlossen.

Das BAP ist mit seinen Fonds auf folgende vier zentrale Handlungsfelder ausgerichtet:

Fonds 1: „Strukturwandel arbeitsmarktpolitisch flankieren
– Beschäftigungspotentiale ausbauen !“

Fonds 2: „Kompetenzen der Menschen fördern – Individuelle Arbeitsmarktchancen stärken !“

Fonds 3: „Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – Teilhabe an Beschäftigung ermöglichen !“

Fonds 4. „Schwerbehinderte Menschen fördern – Integration unterstützen !“

In einem 5. Fonds wird das Budget für die „Umsetzungskosten des BAP“ erfasst.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt zu 82% aus Mitteln der EU-Strukturfonds.

Die jeweiligen Fonds sind in Unterfonds aufgeteilt. Im Fonds 2 sind folgende Unterfonds eingerichtet:

Fonds 2	Kompetenzen der Menschen fördern – individuelle Arbeitsmarktchancen stärken !
2.1	Beratungsangebote vorhalten – Erwerbsbeteiligung zielgerichtet unterstützen
2.2	Ausbildungsplätze schaffen – Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen
2.3	Ausbildungsqualität erhöhen – Ausbildungsfähigkeit steigern

2.4	Qualifizierung Arbeitsloser verbessern – verwertbare Abschlüsse und Kompetenzen fördern
2.5	Arbeitsmarktchancen von Frauen verbessern – Frauen in der Wirtschaft stärken
2.6	Aufstieg finanziell unterstützen – Mobilität stärken (AFBG)

Die Umsetzung des Fonds 2 in konkrete Fördermaßnahmen für den ersten Förderzeitraum bis 2010 ist weitgehend abgeschlossen. Die Förderanträge liegen vor und werden z.Zt. von den Gesellschaften bremer arbeit gmbh (bag) und Bremerhavener Arbeit GmbH (BRAG) beschieden.

Für die Unterfonds 2.2. und 2.3 hat eine erste Befassung der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit am 29.05.2008 stattgefunden.

B. Lösung:

Die Unterfonds 2.2 und 2.3 sind zu dem Landesprogramm "Ausbildung und Jugend mit Zukunft" zusammengeführt worden. Die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit (Vorlage: 112/08) hat den Leitlinien für dieses Landesprogramm auf ihrer Sitzung am 29.05.2008 zugestimmt (siehe Anlagen).

Die Unterzeichner der „Bremer Vereinbarungen 2008 – 2010“ haben auf ihrer Sitzung am 22.05.2008 das Landesprogramm beraten und um Berücksichtigung ihrer Stellungnahme in der Deputationsvorlage gebeten. Die gewünschten Änderungen konnten wegen der Terminabläufe nicht mehr berücksichtigt werden. Zentrales Anliegen war es, dass das Landesprogramm sich nicht ausschließlich auf benachteiligte Zielgruppen beschränken sollte, sondern auch die Steigerung der Qualität der dualen Ausbildung als strategisches Ziel befördern soll. Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Fachkräftemangels muss auch die Förderung von nicht Benachteiligten und die Stärkung der dualen Ausbildung von besonderem Interesse sein. Die Hinweise aus diesem Kreis sollen im weiteren Verfahren zur Konkretisierung des Landesprogramms berücksichtigt werden.

Der Ausschuss für Berufliche Bildung der Deputation für Bildung ist auf seiner Sitzung am 12.07.2008 über das Landesprogramm informiert worden.

Der geänderte Beschlussvorschlag erfordert die Erarbeitung der Fördergrundsätze und Förderkonditionen. Wegen der Sommerpause ist für den 09.07.2008 eine Sondersitzung der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit geplant, in der über die konkrete Umsetzung des Landesprogramms in den BAP- Unterfonds 2.2 und 2.3 entschieden werden soll.

C. Gender-Relevanz:

In den einzelnen Programmen und mit speziellen Programmen soll die Geschlechtergerechtigkeit bei der Ausbildung verbessert werden.

D. Beschlussvorschlag:

1. Die Deputation für Bildung nimmt von dem Beschluss der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit vom 29.05.2008 zum Landesprogramm "Ausbildung und Jugend" Kenntnis.
2. Sie bittet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft um Berichterstattung über den Fortgang der Umsetzung der geplanten Förderprogramme.

In Vertretung

Carl Othmer
Staatsrat